Oels'er Kreisblatt.

Erscheint jeden Freitag. Pränumerationspreis vierteljährlich 60 Pf., durch die Post bezogen 75 Pf.

Inserate werden bis Donnerstag Mittag in der Expedition angenommen und kostet die gespaltene Zeile 10 Pf.

Redakteur: Königl. Kreissekretair Raabe.
Druck und Verlag von A. Ludwig in Oels.

№ 31. Oels, den 5. August 1881. 19. Jahrg.

Amtlicher Theil.

A. Bekanntmachungen des Königlichen Landraths-Amts.

Nr. 235. Oels, den 3. August 1881.

Betrifft die Klassensteuer-Reclamations-Bescheide.

Nachdem die Königliche Regierung über die gegen die Klassensteuer-Veranlagung pro 1881 82 erhobenen Reclamationen bis auf wenige Entscheidung getroffen hat, erhalten die Magisträte, sowie die betreffenden Guts- und Gemeinde-Vorstände in diesen Tagen per Convert die Klassensteuer-Ermäßigungs-Decrete und abweisenden Reclamationsbescheide mit dem Veranlassen, **erstere, nachdem die Reclamanten von der Herabsetzung in Kenntniß gesetzt worden sind, als Beläge zur Klassensteuer-Abgangsliste pro I. Semester cr. zu verwenden und letztere den Adressaten sofort auszuhändigen.**

An welchem Tage die Zustellung der abweisenden Bescheide resp. die Mittheilung über die erfolgte Herabsetzung stattgefunden hat, darüber ist mir bis zum 25. August cr. eine Bescheinigung einzureichen.

Diejenigen Reclamationen, über welche noch nicht entschieden ist, liegen der Bezirks-Commission vor. Schließlich bemerke ich noch, daß gegen die Reclamations-Entscheidung Recursgesuche, denen die Reclamationsbescheide beizufügen sind, binnen 4 Wochen, vom Tage des Empfangs der Entscheidung ab gerechnet, bei mir eingereicht werden können.

Nr. 236. Berlin, den 3. März 1881.

Betreffend den Remonte-Ankauf pro 1881 im Regierungsbezirk Breslau.

Zum Ankauf von Remonten im Alter von vorzugsweise drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königlichen Regierung zu Breslau für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

den 24.	August	in	Polnisch-Wartenberg,
„ 30.	„	„	Brieg,
„ 31.	„	„	Trebnitz,
„ 1.	Septmber	„	Trachenberg,
„ 2.	„	„	Striegau,
„ 3.	„	„	Neumarkt.

Die von der Remonte-Ankaufs-Commission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, auch sind Krippensetzer vom Verkauf ausgeschlossen. — Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke, rindlederne Trense mit starkem Gebiß und eine Kopfhalfter von Leder oder Hanf mit zwei mindestens 2 Meter langen, starken, hanfenen Stricken ohne besondere Vergütigung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, ist es erwünscht, daß die Deckscheine möglichst mitgebracht werden.

Kriegsministerium. Abtheilung für das Remontewesen.
gez. **v. Rauch.** Graf **v. Klinkowström.**

Oels, den 5. Mai 1881.

Vorstehende Bekanntmachung haben die Herren Guts- und Gemeindevorsteher des Kreises den Pferdezüchtern in ihren Bezirken zur Kenntnißnahme mitzutheilen.

Sollten in einzelnen Ortschaften verdächtige Erkrankungen von Pferden stattfinden, so ist mir davon schleunigst Mittheilung zu machen.

Nr. 237. Oels, den 30. Juli 1881.

Personal-Chronik.

Ich bringe hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß unter heutigem Tage für den selbstständigen Gutsbezirk Dobrischau der Wirthschafts-Inspector Herr Gustav Menzel daselbst als stellvertretender Gutsvorsteher von mir vereidet worden ist.

Nr. 238. Oels, den 30. Juli 1881.

Gegenwärtig vacante, mit Militär-Anwärtern zu besetzende Stellen.

1. Chronstau, Postagentur, **Landbriefträger,** 450 M. Gehalt, 60 M. Wohnungsgeldzuschuß.

2. Gr.=Strehlitz, Postamt I., **Posthilfsbote,** 1,25 M. Tagegeld.

3. Neustadt O/Schl., Magistrat, **12 städtische Nachtwächter,** je 216 M. jährlich.

4. Neisse, Proviantamt, **Magazin=Aufseher,** 810 M. Gehalt, 144 M. Wohnungsgeldzuschuß jährlich.

5. Rosenberg O Schl., Postamt II., **Landbriefträger,** 450 M. Gehalt, 72 M. Wohnungsgeldzuschuß.

Der Königliche Landrath
J. V.:
Graf **von Kospoth.**

B. Bekanntmachungen anderer Behörden.

Oels, den 28. Juli 1881.

Steckbrief.

Der Knecht Franz Stempin aus Grabow=Vogtei, Kreis Schildberg, gebürtig, zuletzt in Jenkwitz Kreis Oels, in Arbeit gewesen, ist wegen Diebstahls in Untersuchung. Sein Aufenthalt ist unbekannt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das hiesige Gerichts=Gefängniß einzuliefern.

Der Erste Staatsanwalt.

Strehlen, den 28. Juli 1881.

Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen Schmiedegesellen Ernst Kiok aus Breslau, welcher angeblich auf den Namen des Fleischergesellen August Wuttke aus Bartkerei, Kreis Oels, umherreist, ist die Untersuchungshaft wegen wiederholten Diebstahls und Fluchtverdachts beschlossen worden. Es wird ersucht, denselben festzunehmen und in das Amtsgerichts=Gefängniß zu Strehlen abzuliefern.

Königliches Amtsgericht.

Beschreibung. Alter: 26—28 Jahre; Statur: untersetzt; Größe: 1,75 m. Haare: dunkelblond; Stirn: frei; Augenbrauen: dunkelblond; Nase: stark; Zähne: vollständig; Gesicht: voll; Sprache: deutsch; Bart: Schnurrbart, dunkel; Gesichtsfarbe: gesund.

Bekanntmachung.

Postkarten mit Antwort im Verkehr mit Liberia.

Denjenigen Ländern des Weltpostvereins, nach welchen Postkarten mit Antwort abgesandt werden können, ist nunmehr auch die Republik Liberia beigetreten. Das Porto für derartige Postkarten beträgt 20 Pfennig.

Der Staatssecretär des Reichs=Postamts.
Stephan.

Berlin W., den 24. Juli 1881.

Bekanntmachung.

Ermäßigter Tarif für Postpackete nach Algerien, Corsika, Tunis und den Französischen Kolonien.

Vom 1. August d. J. ab kommen für Postpackete ohne Werthangabe bis zum Gewicht von 3 Kilogramm nach Algerien, Corsika, Tunis und den Französischen Kolonien (Senegambien, Guadeloupe, Guyana, Martinique, Pondichéry, Réunion und Cochinchina) die Bestimmungen der Pariser Uebereinkunft vom 3. November 1880 und die daraus sich ergebenden ermäßigten Portosätze in Anwendung. Ueber die Beträge des Portos, welches vom Absender im Voraus zu entrichten ist, sowie über die sonstigen Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Der Staatssecretair des Reichs=Postamts.
Stephan.

Nebst einer Beilage.

Beilage zu Nr. 31 des Oelser Kreisblattes.

„Alte Geschichten."

Seit einem Jahre schlägt man die Werbetrommel für die „große liberale Partei" und der ganze Lärm kommt nur der Fortschrittspartei zu statten, als der thätigsten und rücksichtslosesten unter den Verbündeten.

Schon einmal vor 20 Jahren hat diese Partei durch Ueberrumpelung die Herrschaft über die ganze, sonst schwächliche „große liberale Partei" an sich gerissen und die Zeit ihrer vermeintlichen Größe durch den Ruin des ganzen Staatswesens bezeichnet.

Die Grundsätze und zum Theil die Personen sind noch jetzt die nämlichen, und erst jüngst beim zwanzigjährigen Jubelfest der Partei hat man ihr in allen Blättern der „großen liberalen Partei" nachgerühmt, daß sie ganz dieselbe geblieben sei.

Darum kommt es darauf an, den Worten die Thaten jener Zeit gegenüberzustellen und das jetzige Geschlecht zu warnen, daß es nicht unter dem Namen der liberalen Partei in Wahrheit die Fortschrittspartei zur Herrschaft bringe.

Dies wird um so mehr zur Pflicht, je mehr die Blätter, und Männer die jene Zeiten nicht blos erlebt, sondern mit verschuldet haben, trotz ihrer anscheinenden nachherigen Sinnesänderung jetzt wieder Alles thun, um die alten Irrthümer zu verbreiten, und weil außerdem ein neues Geschlecht, welches die Fortschrittspartei noch nicht am Werke gesehen hat, in die Theilnahme an der Politik hineingewachsen ist.

Deshalb werden hier die Großthaten der Fortschrittspartei erzählt, und wenn es der „großen liberalen Partei" nicht gefällt, so möge sie doch eingestehen, daß sie allein hierzu die Veranlassung gegeben hat und täglich giebt.

Zur Geschichte der Fortschrittspartei.

III.

Wie die Fortschrittspartei die deutsche Sache gefördert hat.

Als endlich die große Entscheidung zwischen Oesterreich und Preußen und über ihren Einfluß in Deutschland herankam, stand die gesammte Fortschrittspartei in schreiendem Widerspruch mit ihren eigenen Grundsätzen zu Oesterreich und den Mittelstaaten gegen Preußen. Herr v. Bismarck hatte allerdings das preußische Abgeordnetenhaus mit seiner fortschrittlichen Mehrheit bei Zeiten unschädlich gemacht, sobald die Schwierigkeiten mit Oesterreich einen drohenden Charakter annahmen. Er hatte den Landtag schon im Januar 1866 nach Hause geschickt, weil er keine Unterstützung von ihm erwarten konnte. Die Fortschrittspartei aber hielt sich in Vereinen, Stadtverordneten- und anderen Versammlungen schadlos, die sie zum schroffsten Auftreten gegen die preußische Regierung bewog, selbst noch als diese eine Bundesreform auf so freisinnigen Grundlagen, wie sie der Nationalverein selbst in seinen kühnsten Träumen nicht erwartet hatte, beantragte. Versammlungen von fortschrittlichen Wahlmännern und Urwählern protestirten gegen den Krieg; sie erklärten, daß „die verabscheuungswürdige Politik der preußischen Regierung Deutschland unrettbar dem tiefsten Verfall preisgeben müsse." Fast alle Stadtverordneten-Collegien, mit rühmlicher Ausnahme desjenigen von Breslau, fast alle Kaufmannschaften und Handelskammern, alle Wahlbezirke Berlins, fortschrittliche Versammlungen u. s. w. sprachen sich gegen den Krieg aus und verlangten einen Regierungswechsel in Preußen; der Abgeordnetentag in Frankfurt verdammte den drohenden Krieg „als einen der Dynastie dienenden Cabinetskrieg."

Während Preußens Feinde schon drohend an den Grenzen standen und jeder Augenblick die wichtigsten Entscheidungen im Rathe des Königs oder auf dem Schlachtfelde bringen konnte, sah die Fortschrittspartei in der Gefahr des Vaterlandes nichts Anderes, als eine günstige Gelegenheit, um die Bismarcksche Regierung endlich zu stürzen!

Wenn sich daher die Fortschrittsleute rühmen, daß schon auf ihrer Fahne Preußens und Deutschlands Größe gestanden habe, ehe Herr von Bismarck die Leitung der Regierung übernommen, und daß dieser nur ausgeführt habe, was sie längst angestrebt, so ist gerade das Gegentheil wahr. Schöne Worte enthielt wohl ihr Programm, aber so oft es auf die That ankam, haben sie ihre eigene Fahne verleugnet. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, so hätten wir noch die elenden politischen Zustände wie vor 1866, so stände Preußen noch unter dem Bundestag und die Feinde Preußens hätten ihren Willen durchgesetzt.

Nach der Auseinandersetzung mit Oesterreich sagten sich alle praktischen Politiker von der unfruchtbaren Fortschrittspartei los. „Nicht durch rechthaberisch verneinende Haltung", erklärten sie, „sondern durch einen wirklichen Antheil und ein Verdienst um die Wendung der deutschen Geschicke unter den Hohenzollern wird die liberale Partei ihre Stellung neu befestigen und, indem sie sich der Krone nothwendig macht, die Rechte des Volkes stärken können. Bismarck hat die deutsche Einheit unaufhaltsam gemacht, wenn das Volk auf seine Seite tritt."

Die Fortschrittspartei aber, wie sie bisher keinen Theil an den Thaten Preußens gehabt hatte, hat auch weiterhin das Werden und Wachsen einheitlicher Macht Deutschlands niemals unterstützt, vielmehr jeder Zeit zu hindern gesucht. Mit vollem Recht sagte Fürst Bismarck von ihr: „Alle Unruhe im Reiche und alle Schwierigkeiten, zu gedeihlichen, ruhigen Zuständen zu kommen, kommen von der Fortschrittspartei und denen, die mit ihr sympathisiren in den anderen Fraktionen."

Es würde zu weit führen, alle Großthaten der Fortschrittspartei seit Errichtung des Norddeutschen Bundes bis in die neueste Zeit hinein ins Einzelne zu verfolgen. Es ist eben eine ununterbrochene endlose Kette, in der jedes Glied dem anderen völlig gleich ist. So hat sie schon sofort die Verfassung des Norddeutschen Bundes bekämpft, unter dem Vorgeben, daß sie die in der preußischen Verfassung vorhandenen freiheitlichen Grundrechte nicht enthalte und daß alle (angeblichen) Opfer an Volksrechten die Einigung Deutschlands eher hindern als fördern würden. Bekanntlich ist aber dieselbe Verfassung, welche die Ein-

heit Deutschlands hindern sollte, schon nach vier Jahren die Grundlage der Einigung von ganz Deutschland als Reichsverfassung geworden.

Besonders war alsdann der Fortschrittspartei der Ausgleich über die Militärverfassung, den selbst die freisinnigsten Abgeordneten der anderen liberalen Partei lebhaft betrieben, sehr zuwider; sie erklärte, Deutschlands militärische Macht nach außen hin sei schon durch die Militärkonventionen mit den kleinen Staaten gesichert. Was wäre aus dem nächsten Kriege, aus dem Schutze des Rheinlandes, Badens und ganz Deutschlands geworden, was für unsägliches Unheil wäre für unser Vaterland entstanden, welche Opfer hätte das Volk statt der Ruhmestage von Wörth, Gravelotte, Sedan u. s. w. bringen müssen, wenn wir eine Militärverfassung nach dem Sinne der Fortschrittspartei gehabt hätten, statt nach dem Sinne unseres Königs, Bismarcks und Moltkes!

Dieselben Leute, welche heute wieder mit der Fortschrittspartei Arm in Arm gehen, weil sie angeblich dieselben Ziele verfolgen, schrieben damals u. A. gegen die fortschrittlichen Wahlen in Berlin: „Die Hauptstadt des Deutschen Reichs darf nicht ausschließlich von Männern vertreten sein, die der ganzen Entwickelung unseres deutschen Staatswesens feindlich gegenüberstehen."

Daß dieses Urtheil begründet war, zeigt die ganze Geschichte des Norddeutschen Bundes. Unser König durfte auf die reichhaltigen Ergebnisse der gemeinsamen Thätigkeit mit dem Reichstage mit gerechter Befriedigung hinweisen, welche im ganzen deutschen Lande und außerhalb der Grenzen desselben getheilt wurde. Die erreichten Erfolge gaben dem deutschen Volke zugleich die Bürgschaft der Erfüllung der Hoffnungen, welche, entgegen den Warnungen der Fortschrittspartei, an die Schöpfung des Bundes geknüpft waren. Aber an jener ganzen Entwickelung hatte die Fortschrittspartei nicht den geringsten Theil gehabt: sie hatte fast Alles, was dazu führte, bekämpft und verworfen.

Ebenso hat die „deutsche" Fortschrittspartei, nachdem der Norddeutsche Bund sich zum Deutschen Reiche erweitert hatte, jede Entwickelung desselben zu hemmen gesucht. Sie rechnet es sich hoch an, daß sie doch im Einzelnen viel im liberalen Sinne „verbessern" geholfen habe. Sie hat allerdings jeder Zeit für die liberalsten Abänderungen der Vorlagen gestimmt und dadurch der Regierung die schließliche Annahme der veränderten Gesetzentwürfe oft recht schwer gemacht; aber hinterher hat sie fast alle Gesetze, nachdem sie ihre Abänderungsvorschläge durchgesetzt, im Ganzen doch verworfen. Weil aber diese Gesetze durch ihren Einfluß vielfach den ursprünglichen Absichten der Regierung nicht entsprechen, deshalb bedürfen so viele von ihnen schon jetzt einer Revision.

Wenn die Fortschrittspartei dem letzten Kriege keine Hindernisse wie den frühern bereitet hat, so ließ der völlig unvorhergesehene jähe Ausbruch desselben und die allgemeine Begeisterung, die sich sofort kundgab, keinen Raum für irgend welche Demonstrationen. Aber die Partei rühmt sich noch heute, der Ausdehnung der Verfassung des Norddeutschen Bundes, der „Bundesverfassung mit partikularistischen (sonderstaatlichen) Verschlechterungen" auf ganz Deutschland entgegen gewesen zu sein, und sie verhöhnt die Nationalliberalen, daß sie auch damals das „Erreichbare dem Wünschenswerthen" nicht opfern wollten.

Das ganze frühere unpatriotische Gebahren hat die Fortschrittspartei unverändert auch seit dem Bestehen des Deutschen Reiches fortgesetzt. Sie hat im Einzelnen wie im Ganzen die Entwickelung der einheitlichen Rechtsverhältnisse bekämpft, sie hat allen nationalen Bestrebungen, soviel in ihrer Kraft stand, Hindernisse bereitet. Eine geradezu tödtliche Feindschaft aber hat sie von vornherein bis in die neueste Zeit dem Träger des nationalen Gedankens, dem Leiter der deutschen Politik, dem Fürsten Bismarck bewahrt. „Fort mit Bismarck", das ist ihre Losung gewesen, seit der große Staatsmann in die Regierung berufen worden. Sie leugnet jetzt zwar, wohl wissend, daß gerade dieser Ruf ihr das deutsche Volk abwendig gemacht hat, die Forderung gestellt zu haben. Aber das Hauptorgan der Partei hat es noch im Jahre 1879 offen ausgesprochen: „Es giebt keine andere Hülfe, als daß man angesichts der Lage des Landes sich aufrafft zu dem, was wir sein sollen, zu Männern, die furchtlos und frei aussprechen, was das Land empfindet: **Der Herr Reichskanzler Fürst Bismarck muß fort von seinem Platze!!"** —

Das deutsche Volk aber wird bei den bevorstehenden Wahlen zu entscheiden haben, ob es sich diesem Rufe anschließen und die Partei, welche aller nationalen Größe und der Entwickelung des Deutschen Reiches im Innern wie nach Außen grundsätzlich feindlich gegenübersteht, unterstützen, oder ob es der Politik, welche Deutschland einig und im Auslande hoch geachtet gemacht hat, auch ferner sein Vertrauen bewahren will, das noch in keiner Weise und in keinem einzigen Falle getäuscht worden ist.

Die Fortschrittspartei hat durch ihr Verhalten seit ihrem Bestehen längst allen Glauben verwirkt, denn sie hat den Fürsten Bismarck unablässig gerade in dem verdächtigt und in gehässigster Weise bekämpft, was jetzt allseitig als sein unsterbliches Verdienst anerkannt wird. Da sie dort nicht mehr ihr zerstörendes Werk fortsetzen kann, so übt sie es jetzt an der inneren und der wirthschaftlichen Politik des Reichskanzlers. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Wortführer der Fortschrittspartei auch in dieser Richtung als Lügenpropheten erkannt werden.

„National oder international? Ein Wort über die Parteien im deutschen Reichstage" ist der Titel einer in Leipzig bei Fr. Wilh. Grunow soeben erschienenen Broschüre. Wie die geachtete Verlagshandlung im Vorwort versichert, lebt der ungenannte Verfasser mit den Arbeitern zusammen und kennt durch eine liebevolle Beschäftigung genau ihre Bedürfnisse in Bezug auf Maß und Sicherheit der materiellen Existenzbedingungen, wie nicht minder in Bezug auf das sittliche Leben. Auf Seite 35 und 36 dieser Broschüre finden sich folgende Worte:

„Ich rechne es dem Reichskanzler aufs höchste an, daß er trotz Attentate und Socialdemokratie seinen lebendigen Glauben an die edlere Seite des Volksgeistes beurkundet dadurch, daß er freiwillig des niederen Volkes Rechte bedeutend zu erhöhen sucht, im

festen Vertrauen, daß es zum Segen und nicht zur weiteren Verwilderung beitragen wird. In der That, wenn der Glaube an das Volk nicht mehr vorhanden ist, wenn man davor erschrickt, dem „süßen Pöbel" zu viele Rechte einräumen zu sollen, dann kann sich die Nation überhaupt begraben lassen; denn dann taugt der ganze Untergrund nichts mehr, auf dem sie steht; denn wir sind dann nur des Pöbels oberes Schaumspritzen. Die Socialdemokratie umfaßt wesentlich nur die von der Kirche abgetrennten kleinen Leute, die nun keine rechte geistige Sphäre mehr haben, derselben aber ebenso dringlich bedürfen als höher Gebildete. Daß diese Klasse nunmehr vielfach nicht das Richtige erfaßte, ist nur zum geringsten ihre Schuld. Für mich hat daher das Unfallversicherungsgesetz eine ganz prinzipielle Bedeutung, die weit über Einzelheiten darin hinausragt. Es ist das Sichwiederbeschäftigen des Staates mit der geistigen Würde des unteren Volkes. Einmal soll sein Nationalitätsgefühl wiedergestärkt werden, deshalb ist es wichtig, daß es den Staat als den Träger der Idee deutlich herausfühle, und dies ist schon wieder ein Stück geistigen Inhalts und thut bei den Industriearbeitern vor allem Noth; sodann aber ist der Schritt der Anfang der Fürsorge des Staates, den arbeitenden Klassen zur Erlangung größerer, vor dem Aeußersten geschützter materieller Sicherung zu verhelfen und damit zu größerer gemüthlich wohlthätig wirkender, innerer geistiger Ruhe, was hinwiederum den ersten Schritt und die Basis für Empfänglichmachung für lokale Interessen und zur Theilnahme an geistigeren Genüssen bildet."

Unser Kaiser gedenkt in den nächsten Tagen nach beendigter Cur Gastein zu verlassen. Nähere Bestimmungen über den Tag der Abreise sind noch nicht bekannt geworden; auch war bis gestern darüber, ob die Rückreise direkt nach Berlin erfolgen oder über Coblenz führen wird, noch nicht die letzte Entscheidung getroffen.

Das Befinden des Kaisers ist ein so gleichmäßig gutes, daß selbst bei der in der vorigen Woche eingetretenen rauhen Witterung, welche eine Unterbrechung der Spaziergänge und Ausfahrten zur Folge hatte, die täglichen Bäder regelmäßig genommen werden konnten.

Vor seiner Abreise wird der Kaiser noch die hohe Freude haben, seinen erhabenen Freund, den Kaiser von Oesterreich, zu begrüßen, welcher am Donnerstag (4. August) Vormittags in Gastein einzutreffen und dort bis zum nächsten Morgen zu verweilen gedenkt.

Unsere Kaiserin macht in der Besserung ihres Gesundheitszustandes noch immer keine erheblichen Fortschritte. Die Operationsstelle ist fast vollständig geheilt. Die Hebung der Kräfte, obwohl unverkennbar, nimmt jedoch einen äußerst langsamen Fortgang, so daß Ihre Majestät noch für längere Zeit absoluter Ruhe und großer Schonung bedarf. Die früher erwähnten Störungen dauern, wenn auch verringert, noch fort und verhindern bis jetzt die vollständige Reconvalescenz, deren Eintritt indessen entgegensehen werden darf.

Am 8. Sonntage nach Trinitatis predigen in der Schloß- und Pfarrkirche:

Frühpredigt 6 Uhr: Herr Diakonus Krebs.
Amtspredigt 9 Uhr: Herr Superint Ueberschär.
Nachmittagspredigt 1½ Uhr: Herr Diakonus Krebs.
Beichte früh ½9 Uhr: Herr Superint. Ueberschär.
Mittwoch, den 10. August, Vorm. 9½ Uhr: Synodal-Gottesdienst. Predigt: Herr Pastor Kresse aus Weigelsdorf.

Wochenpredigt.

Donnerstag, den 11. August, Vorm. 8½ Uhr: Herr Propst Thielmann.
Amtswoche: Herr Diakonus Krebs.

Nach Hilfe suchend, durchfliegt mancher Kranke die Zeitungen, sich fragend, welcher der vielen Heilmittel-Annoncen kann man vertrauen? Diese oder jene Anzeige imponirt durch ihre Größe; er wählt und wohl in den meisten Fällen das — Unrichtige! Wer solche Enttäuschungen vermeiden und sein Geld nicht unnütz ausgeben will, dem rathen wir, sich von Richter's Verlags-Anstalt in Leipzig die Broschüre „Gratis-Auszug" kommen zu lassen, denn in diesem Schriftchen werden die bewährtesten Heilmittel ausführlich und sachgemäß besprochen, so daß jeder Kranke in aller Ruhe prüfen und das Beste für sich auswählen kann. Die obige, bereits in 450. Auflage erschienene Broschüre wird gratis und franco versandt, es entstehen also dem Besteller weiter keine Kosten, als 5 Pfg. für seine Postkarte.

Submissions-Termin.

Auf dem großen hiesigen Garnison-Exercierplatz soll ein zweiter Schießstand von 400 Mtr. Länge für die Garnison Militsch neu angelegt und die Arbeiten und Materialien im Wege der öffentlichen Submission an einen Unternehmer verdungen werden. Der Kostenanschlag ist auf 6000 M. festgestellt. Gegenstand der Verdingung sind jedoch nur die Titel I. bis III. excl. der Position 13—18 des Anschlages, in Summa 4553 M.

Zur Abgabe der Submissions-Offerten, welche versiegelt, francirt mit der Aufschrift „Garnison-Schießstand" an die unterzeichnete Garnison-Verwaltung einzureichen sind, haben wir Termin auf

Freitag, den 12. August cr.,
Vormittag 11 Uhr,

festgesetzt. Die vom Garnison-Baubeamten aufgestellten allgemeinen und speciellen Bedingungen, welche der Verdingung zu Grunde gelegt werden, liegen während der Dienststunden im Magistratsbüreau aus.

Militsch, den 2. August 1881.

Die magistratualische Garnison-Verwaltung.
Generlich.

Silesia, Verein chemischer Fabriken

zu **Saarau** (Stat. d. Bresl.-Freib. Bahn), **Breslau** (Schweidn. Stadtgr. 12) und **Merzdorf** (an der Schles. Geb.-B.).

Unter **Gehalts-Garantie** offeriren wir unsere bekannten **Dünger-Präparate,** sowie die sonstigen gangbaren **Düngmittel.**

Proben und **Preis-Couranto** auf Verlangen franco.

Aufträge zu Fabrikpreisen übernimmt Herr **C. T. Bräuer,** Oels.

Für Familien und Lesecirkel, Bibliotheken, Hotels, Cafés und Restaurationen.

Illustrirte Zeitung

Probe-Nummern gratis und franco.

Abonnements-Preis vierteljährlich 6 Mark. — Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten.

Expedition der Illustrirten Zeitung in Leipzig.

Mein seit 5¼ Jahre geführtes Colonial-Waaren-Geschäft habe ich Herrn **August Nogaitzig** verkauft, dagegen **vereinige** ich mein

Cigarrenfabrikations-, Rauch-, Kau- und Schnupftabaks-Geschäft

en gros & en detail

mit dem seit 33 Jahren bestehenden **Cigarren-Geschäft** des Herrn **Julius Stern.**

Ring 60, Ecke Oderstraße,

welches ich käuflich erworben habe.

Gleichzeitig empfehle ich ca. **2 Millionen Stück** größtentheils noch vor der Steuererhöhung fabricirter Cigarren zu damaligen Preisen von 21 bis 300 Mark pro Mille in jeder Geschmacksrichtung.

Meine Außenstände ziehe ich selbst ein

und zeichne jetzt

Breslau,

Albert Kramolowsky,

früher **Julius Stern.**

Ring 60, Ecke Oderstraße.

Dreschmaschinen für Hand- und Göpel-Betrieb, in verschiedenen Größen,

Nachrechen, 7½ und 9 Fuß breit,

Breit-Säemaschinen, unter Garantie gleichmäßiger Saat,

Siedemaschinen

empfiehlt die Eisengießerei und Maschinen-Fabrik von

F. W. Warneck.

Richard Vetter,

Asphalt-, Dachpappen- und Holzcement-Fabrik,

Breslau, Büttnerstraße 3 und **Hundsfeld** am Bahnhof,

empfiehlt

Dachpappen in Rollen und Tafeln, **Holzcement, Deckpapier, Dachlack, Dichtungsfasermasse** für schadhafte Pappdächer, **Theer, Pech, Nägel, Dachleisten** 2c.

„Lager von Oppelner Portland-Cement".

Niederlage sämmtlicher Materialien bei Herrn **Carl Philipp junior, Oels i./Schl.**

Für Wiederverkäufer.

Zum **Schulbedarf** empfehle

Schreibhefte mit jeder Liniatur, bestes Papier, à Dtzd. 40 Pf. und 90 Pf., Schieferstifte, Bleistifte, Federn, Federhalter, Papiere aller Art, Lineale 2c.

Bernstadt. **Heinrich Tilgner's** Buch- und Papierhandlung.

Tanzerlaubnißbücher

sind in **A. Ludwig's** Buchdruckerei in Oels vorräthig.

Marktpreis der Stadt Breslau

vom 3. August 1881

	gut		mittel		gering	
	Mk	₰	Mk	₰	Mk	₰
Weizen, weißer	22	80	21	60	19	—
Weizen, gelber	21	80	21	10	18	40
Roggen, alter	18	—	17	30	16	50
Gerste	14	80	13	80	11	80
Hafer	15	20	13	50	11	80
Erbsen	20	—	18	80	16	80

Stroh, per Schock à 600 Kilogramm alt 26.00—28,00 Mark, neu 25,00—26,00 M.

Lupinen, per 100 Kilogramm gelbe 11.50—12.00—13.00 Mark, blaue 11.40—11.80—12.80 Mark.

Kündigungspreis für Spiritus 55.50 Mark.

Mehl, per 100 Kilogramm Weizen fein 30.50—31.25 Mark. Roggen fein 28.50—29.00 Mark. Hausbacken 27.50—28.25 Mark. Roggen-Futtermehl 12.00—12.75. Weizenkleie 9.50—10.00 Mark

Heu, per 50 Kilogramm 2.50—3.00 Mark.

Marktpreis der Stadt Oels.

vom 30. Juli 1881.

(Pro 200 Zollpfund = 100 Kilogramm.)

	gut		mittel		gering.	
Weizen gelb	21	60	21	—	19	50
Roggen	19	30	18	80	18	—
Gerste	14	50	14	10	13	80
Hafer	14	20	13	80	13	—
Kartoffeln, 75 Kgr.	3	50	—	—	3	—
Heu, 50 Kgr. neues	2	20	—	—	2	—
Stroh 600 Kilogr.	22	50	—	—	21	—